

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – OV Schwanstetten
Mario Engelhardt, Bussardweg 10, 90596 Schwanstetten

An den
Marktgemeinderat Schwanstetten
Bürgermeister Richard Seidler
Pressevertretung

**Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Schwanstetten**

Mario Engelhardt
Marktgemeinderat
Bussardweg 10
90596 Schwanstetten
Tel.: +49 178 - 3305220
mario.engelhardt35@t-online.de

Schwanstetten, 30. Juni 2026

Feststellung und Erklärung der Mitglieder des MGR der Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des
Marktgemeinderates, die Herren der AfD!

Der Einzug der AfD in den Marktgemeinderat Schwanstettens ist schwer verdaulich. Man kennt die Herren persönlich – aus dem Ort, aus der Schule, von Sportveranstaltungen oder aus dem gesellschaftlichen Leben. Wer sich unter dem Dach einer Partei beheimatet fühlt, die in Teilen als rechtsextremistisch eingestuft wird und deren Positionen grundlegende demokratische Werte infrage stellen und verfassungswidrig agiert¹, überschreitet für uns eine klare demokratische Grenze.

Dabei muss auch deutlich gesagt werden: Bürgerinnen und Bürger, die die AfD wählen, sind nicht mehr einfach nur Protestwähler. Sie entscheiden sich bewusst für eine Partei des rechtsnationalen Spektrums, die zu einem Sammelbecken rechter Nationalisten geworden ist und deren Teile vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch bewertet werden. Diese Entwicklung erfüllt uns GRÜNE mit großer Sorge.

Wer für die AfD kandidiert, Mitglied ist oder die Partei öffentlich vertritt, übernimmt Verantwortung für die politischen Positionen und Forderungen dieser Partei. Aus unserer Sicht gehören dazu unter anderem ausgrenzende und migrationsfeindliche Positionen², die Ablehnung zentraler klimapolitischer Instrumente wie der CO₂-Bepreisung³, die Forderung

¹ Rechtsgutachten (GFF) – Tagesschau 25.06.2026

² Positionspapier der AfD vom 29.01.2024

³ Wochenzeitung Das Parlament 22.05.2026, Deutscher Bundestag 06.06.2025

nach einer Rückkehr zur Atomenergie⁴ sowie eine Haltung gegenüber Russland und dem Angriffskrieg gegen die Ukraine⁵, bei der ein „Kompromissfrieden“ gefordert wird.

Besonders besorgniserregend sind Aussagen aus dem Umfeld der AfD, die Menschen gegeneinander ausspielen und die Würde von Schutzsuchenden infrage stellen. Wer Parolen wie „Wohnungen sind keine Asylheime und sie sind nicht für Asylanter da“⁶ verbreitet oder unterstützt, verlässt aus unserer Sicht den Boden eines respektvollen und menschenwürdigen demokratischen Diskurses. Eine Demokratie nach den Grundsätzen des Grundgesetzes lebt von der Gleichwertigkeit aller Menschen, vom Schutz von Minderheiten und vom Respekt gegenüber den unveräußerlichen Grundrechten⁷ jedes Einzelnen.

Deshalb lehnen wir grundsätzlich jegliche Anträge der AfD ab – auch dann, wenn sie auf den ersten Blick sinnvoll erscheinen mögen. Denn genau darin liegt die politische Strategie: durch vermeintlich sachliche oder anschlussfähige Positionen gesellschaftliche Normalität und Akzeptanz zu gewinnen. Für uns ist klar: Es darf keine schleichende Gewöhnung an extremistische Positionen geben.

AfD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sollten sich ehrlich die Frage stellen, ob sie den inhaltlichen Kurs einer rechtsnationalistisch geprägten Partei tatsächlich mittragen wollen. Das gilt ebenso für die Wählerinnen und Wähler der AfD. Jede und jeder trägt Verantwortung dafür, welche politischen Kräfte durch die eigene Stimme gestärkt werden und welche Werte damit unterstützt werden.

Umso wichtiger ist es, dass die demokratischen Parteien geschlossen zusammenstehen und parteiübergreifend Verantwortung übernehmen. Demokratie, Menschenwürde und gesellschaftlicher Zusammenhalt dürfen nicht relativiert werden.

Deshalb sehen wir in einer politischen Zusammenarbeit mit der AfD keine Grundlage. Demokratische Verantwortung bedeutet für uns, extremistischen, ausgrenzenden und menschenfeindlichen Tendenzen klar entgegenzutreten und die Werte von Freiheit, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität entschlossen zu verteidigen.

Vielen Dank!

Mario Engelhardt
Marktgemeinderat der Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Markt Schwanstetten

⁴ Deutscher Bundestag, Drucksache 21/4749

⁵ Deutscher Bundestag, aktuelle Stunde, 25.06.2026

⁶ Kristin Brinker, Landesvorsitzende AfD Berlin, Mai 2026

⁷ Grundgesetz Art1 (Die Menschenwürde)